

→ Corona

Die Solidarität in den Zeiten der Krise

-----▶ **Das Tönnies-System** Seiten 2 & 6
 Michael Müller-----▶ **Naturfreundehäuser** Seite 3
 Angelika Linckh-----▶ **Stuttgart21-Widerstand** Seite 3

Doris Holasky-----▶ **neue Klinikschließungen** Seite 7
 Angela Bankert-----▶ **Big Pharma** Seite 7
 Angela Klein-----▶ **Seuchen & Kolonialismus** Seite 8

Epidemie, Weltwirtschaftskrise & Politikwende



Die Epidemie tritt derzeit in Europa in den Hintergrund. In den Vordergrund rückt die Wirtschaftskrise. Und mit ihr die ersten großen Pleiten (Karstadt-Kaufhof). Und die Konkretisierung der Finanz-Crash-Gefahr (Wirecard). Noch in diesem Sommer wird in Deutschland die Marke von drei Millionen Erwerbslosen überschritten. Im Hintergrund droht eine zweite Welle. Und es besteht immer die Gefahr, dass die dramatische Klimaerwärmung (siehe der tauende Permafrost in Sibirien) zu einem weit umfassenderen Lockdown führt, als das Corona-Virus einen solchen erzwang. Für die Regierenden ist klar: Die gigantischen Hilfsprogramme sollen am Ende von der Mehrheit der Bevölkerung finanziert werden – unter anderem mit Sparprogrammen, neuen Klinik-Schließungen (siehe Seite 7), noch mehr Privatisierung und höheren Renten- und Sozialversicherungsbeiträgen. Für uns ist klar: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Doch welche Antworten geben wir in dieser Krise? Genauer: Wie beantworten wir die falschen Antworten, die die Herrschenden bislang geben?

Drei Branchen können hier Aufschluss geben: Die Fleischbranche, die Luftfahrt und die Autoindustrie. Alle drei tragen zur Epidemie bei. Alle drei tragen zur Klimaerwärmung bei. Alle drei stehen im Zentrum der Wirtschaftskrise.

Fleischwirtschaft Vor Corona wusste kaum jemand, dass dieser Sektor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Mit 120.000 Beschäftigten und 45 Milliar-

den Euro Umsatz. Mit einer enormen Kapitalkonzentration. Mit einem Weltmarktanteil von neun Prozent bei der Schweineschlachtung. Mit wachsender Exportquote – exportiert wird nicht zuletzt nach China (auch, so Tönnies, „Füßchen, Öhrchen, Schnäuzchen“). Obgleich die Lohnkosten in der Branche weniger als 8 Prozent ausmachen, herrscht dort das extreme Ausbeutungssystem vor allem osteuropäischer Werkvertragsarbeiter (siehe Seiten 2 und 6). Die Schlachthöfe tragen massiv zur Ausweitung der Corona-Infektionen bei. Der weltweit wachsende Fleischkonsum, den die Branche vorantreibt, ist mitverantwortlich für die Klimaerwärmung (u.a. durch eine Verzehnfachung des Tierfutter-Soja-Anbaus seit 1960, verbunden mit Regenwaldzerstörung). Doch was passierte in der Krise? Die Fleischwirtschaft wurde als „systemrelevant“ eingestuft. Ihre Expansion setzt sich fort. Dabei bietet die Krise die Chance zur Politikwende: Für eine Kampagne zur Reduktion des Fleischkonsums, zur Förderung von vegetarischer und veganer Ernährung, zur Ausweitung der Biolandwirtschaft, zur Förderung regionaler Agrarwirtschaft mit der Schaffung Zehntausender nachhaltiger Arbeitsplätze.

Luftfahrt In dieser Branche sind – einschließlich von Flughäfen, Airlines und dem Flugzeugbau (Airbus) mit einem Rüstungsanteil rund 330.000 Menschen beschäftigt. Der Umsatz liegt bei 40 Milliarden Euro. Der Flugverkehr trug erheblich zur Epidemie bei; das Virus wurde in Flugzeugen und vor-

allem von Geschäftsleuten aus China in alle Teile der Welt exportiert. Der Flugverkehr trägt massiv zur Klimakrise bei. Aktuell steckt die Branche in einer tiefen Krise; die Fluggastzahlen sind um 85-90 Prozent eingebrochen. Allein die Lufthansa verbrennt pro Stunde 1 Million Euro. Die Krise bietet die Chance zum Umsteuern. Doch was machen die Regierenden? Die Lufthansa wird als „systemrelevant“ eingestuft. 9 Milliarden Euro Steuergelder werden für den Lufthansa-Staatseinstieg bezahlt – ohne Mitbestimmungsrechte. Nötig wäre eine völlig andere Politik: Downsizing des Flugverkehrs. Renaturierung von Airports (siehe der Erfolg Tempelhof!). Übernahme von Stewardessen und Piloten in den übrigen öffentlichen Verkehr. Allein im Bereich Schiene fehlen 3000 Zugbegleiter und 1500 Lokführer.

Autoindustrie Diese Branche ist ein Dickschiff: 450 Milliarden Euro Umsatz. 63 Prozent Exportquote. Anfang 2020 gab es noch 820.000 Beschäftigte. Ende 2020 werden es rund 75.000 weniger sein. Es drohen Pleiten (Opel, Leoni), Werkschließungen und Massenentlassungen. 2020 wird der Autoabsatz um 30 Prozent absacken. Wenn die ehemalige Glitzermetropole Detroit zur Armuts- und Geisterstadt wurde, droht Vergleichbares auch Wolfsburg und Stuttgart. Die Autobranche trägt zur Epidemie bei: Eine hohe Feinstaubbelastung erleichtert das Eindringen des Virus in die Tiefe der Lunge. Die Branche ist mitverantwortlich für die Klimaerwärmung (auch bei der teilwei-

sen Umstellung auf Elektroautos). Was macht die Politik? Es gibt neue Steuer-milliarden für die Autokonzerne. Neue Gelder für Ladesäulen. Neue Versuche, in Brüssel die Schadstoff-Grenzwerte wieder anzuheben. Dabei böte die Krise die Chance für die Verkehrswende. Konversion (Umwandlung) von Autoproduktionsanlagen in Anlagen zur Fertigung von Loks, Waggonen und Bussen. Übernahme von Autobeschäftigten in einen auszubauenden öffentlichen Verkehrssektor. Tempolimit, massiver Ausbau der Radwege. Entschleunigung und Gewinnung von Lebensqualität. **Bilanz** Bereits ein Blick auf diese drei Branchen zeigt: Die Krise bietet Chancen für die Politikwende. Doch die Regierenden erklären Sektoren für „systemrelevant“, die die Systeme Klima, Umwelt und Gesundheit zerstören. Sie steuern diese Branchen in eine Richtung, die die zerstörerischen Potenzen steigern. Damit wird auch eine zweite Welle der Epidemie begünstigt. Damit wird die Klimakrise neu angeheizt. Damit werden Dutzende Steuer-milliarden verbrannt. Indem Arbeitsplätze ohne Nachhaltigkeit erhalten werden, werden letzten Endes Hunderttausende Jobs gefährdet. Nur eine Politikwende um 180 Grad macht Sinn. Diese kann nur mit einem breiten Bündnis von unten, bestehend aus Gewerkschaftsmitgliedern, Umweltverbänden und Klimaaktivisten, durchgesetzt werden. Das „Wir zahlen nicht für eure Krise“ muss mit Inhalten gefüllt und mit einer Kampagne vorangetrieben werden.

Hallo **Herr Anders Tegnell**! Sie als Chef-Epidemiologe empört, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO Schweden seit Ende Juni als „Corona-Risikoland“ einstuft. Sie reagieren damit auf die Enttäuschung von Hunderttausenden Schwedinnen und Schweden, dass zwei Dutzend Länder Menschen mit Schweden-Pass die Einreise verweigern – wegen der hohen Corona-Infektionszahlen dort. Ihr Argument, Herr Tegnell, lautet, es gäbe in Schweden steigende Infektionszahlen, weil mehr getestet würde. Da mag etwas dran sein. Doch nehmen wir mal die Corona-Toten. Die sind so hoch wie sie sind. Bis zum 27. Juni gab es in Schweden 5280 Menschen, die an und mit dem Corona-Virus starben. Umgerechnet auf deutsche Verhältnisse (10,3 Millionen Einwohner in Schweden gegenüber 83,3 Mio. BRD-Einwohner; Multiplikator 8,09) wären dies 42.715 Corona-Tote – anstelle der tatsächlichen Zahl von „nur“ 8968. Bei einer solchen Corona-Toten-Zahl wäre die Empörung über das Versagen von Merkel, Drosten, Wieler & Co. groß. Und das Erstaunen, dass Deutsche unter solchen Bedingungen nicht ins Ausland fahren dürfen, eher gering. Doch anscheinend rechnen Sie in Stockholm anders. Wobei ja 60 Prozent der schwedischen Corona-Toten eher „versteckte Tote“ sind: Menschen, die in den Altersheimen starben. Ein Argument, Herr Tegnell, das immer wieder für den schwedischen Sonderweg genannt wird, lautet: Auf diese Weise würde die Wirtschaftskrise, die ja auch Leid und zum Teil Tod befördert, weniger hart ausfallen. Doch das trifft nicht zu. 2020 wird das BIP in Schweden um 8 Prozent sinken – exakt so stark wie in Deutschland.

Hallo **Herr Olaf Scholz**! Sie sagten, jetzt müsse „geprüft“ werden, ob die Bankenaufsichtsbehörde Bafin bei der Überwachung des DAX-Konzerns Wirecard „Fehler gemacht“ habe. Ach ja, Fehler? Zwar lässt sich sagen, dass das Geschäftsmodell von Wirecard auch für Sie als Finanzminister nie wirklich nachvollziehbar war. Doch nachvollziehbar war, dass es spätestens seit März 2019 konkrete Indizien für Wirecard-Bilanzbetrug gab. Veröffentlicht in einem Dutzend Artikeln in der britischen *Financial Times*. Was machte da die Bafin? Sie stellte Strafanzeige gegen das Blatt. Das wiederum ermunterte deutsche Institute (so die Volksbanken), bei Wirecard einzusteigen. Nun haben Anleger mehr als 20 Milliarden Euro verloren. Es könnte noch dick kommen. Wir erinnern

- an den 2. Dezember 2001, als der Energiekonzern Enron pleite ging,
 - an den 30. Juli 2007, als die deutsche Bank IKB Insolvenz anmeldete,
 - an den 15. September 2008, als Lehman Brothers kollabierte.
- All das mündete in Finanzcrashes. Immer stellte sich heraus: Die Bilanzbetrügereien waren leicht erkennbar. Man wollte sie nicht erkennen, weil man nochmals Kasse machen wollte.

Das System Tönnies ist das System Kapital

Fragen und Antworten

Am 26. Juni 2020 verkündete die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner auf einem „Fleisch-Gipfel“ die „Fleisch-Wende“. Der Milliardär Clemens Tönnies war per Video zugeschaltet. Für Klöckner gibt es „keinen Weg mehr zurück“. Das klingt so, als ob die Politik jetzt durchgreife, eben eine echte „Wende“ hinlege.

Antwort: Erneut bewegt sich das, was die Bundesregierung zum Tönnies- und Fleischwirtschafts-Skandal sagt, weitgehend auf einer falschen Ebene. Man will beim Verbraucher mit einer „Tierwohl-Abgabe“ ansetzen. Da folgt dann *Bild* (26.6.): „Fleisch und tierische Produkte könnten schon bald teurer werden. [...] Denkbar wären über eine Verbrauchsteuer Aufschläge von 40 Cent pro Kilogramm Fleisch und Wurst, 2 Cent pro Kilo für Milch und Frischmilchprodukte.“ Dazu werde, so Klöckner, auch „der Staat Geld in die Hand nehmen“, um den „tiergerechten Umbau der Stallungen“ mitzufinanzieren. Kann man Kerker artgerecht gestalten? Vor allem aber heißt das: Die Verantwortung für all die Schweinereien wird bei den Discountern angesiedelt. Die soeben verkündete Mehrwertsteuersenkung soll durch eine neue Verbrauchersteuer kassiert werden. Dabei sind die Fleischkonzerne hochprofitabel. Sie müssen zur Kasse gebeten werden. Das „System Tönnies“ in den Schlachtereien und Fleischzerlege-Betrieben ist die eigentliche Schweinerei: Seit Jahren fordern Gewerkschaften, kirchliche Vertreter und Tierschützer, dass das System der Werkverträge umgehend beendet werden muss. Das Versprechen, das werde ab dem 1. Januar 2021 so sein, ist vage. Der Verweis, es gebe „in Bälde einen Gesetzesentwurf“ ist billig. Vor allem zeichnen sich längst die neuen Wege zur Umgehung und zum fortgesetzten Lohndumping ab. Dann wird es „Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung“ geben. Es geht Tönnies & Co. vor allem darum, Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern. Laschet (MP), Laumann (Arbeitsminister NRW) und Heil (Arbeitsminister Bund) hätten längst auch ohne neues Gesetz aktiv werden können. Elmar Wigand vom der *aktion gegen arbeitsunrecht*: „Ein kurzer Blick in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) [...] reicht, um festzustellen,

dass hier Schein-Werkverträge vorliegen. Illegale Arbeitnehmerüberlassung mit weitreichenden Folgen für die Sozialkassen. [...] So spricht Tönnies stets generös von 'meinen Arbeitern' und heuchelt Multikulti-Harmonie.“ (UZ vom 29.5.2020).

Clemens Tönnies selbst hat zugesagt, dass es nun einen „absoluten Neuanfang in der Branche geben“ würde – mit Tönnies als Vorreiter.

Antwort: Dass der Boss der Fleischbranche in dieser Krise von einem Neuanfang spricht, liegt nahe. Jeder PR-Strategie wird ihm dies nahelegen. Es spricht aber alles dagegen, dass irgendeine Art Neuanfang von der Fleischbranche im Allgemeinen und von Tönnies im Besonderen ausgeht. Peter Kossen, katholischer Pfarrer in Lengerich, der sich seit Jahren für die Belange der geschundenen Fleischarbeiter einsetzt: „Sie können mit der Mafia keine Verträge schließen. Sie können die Mafia nicht mit der Mafia bekämpfen.“ Das Fleisch-Business ist nicht nur brutal. Diese Brutalität ist systemimmanent und die Voraussetzung dafür, dass das Geschäft hochprofitabel ist – nicht zuletzt auf Basis von erpressten niedrigen Preisen des zugelieferten tierischen Schlachtmaterials und der Dumping-Löhne für das zugelieferte Ausbeutungspotential. Zehn Konzerne kontrollieren 50 Prozent des gesamten Marktes. Marktführer Tönnies allein kontrolliert mit seinem Konzern, der 16.500 Menschen beschäftigt, 30 Prozent im Bereich Schweine und 20 Prozent beim „Rest“. Jahresumsatz 2019: 7,3 Milliarden Euro. Clemens Tönnies privates Vermögen wird auf 2,3 Milliarden US-Dollar geschätzt; das der (zerstrittenen) Familie auf mehr als das Doppelte. Der Mann ist bestens vernetzt, nicht nur als Aufsichtsratsvorsitzender des FC Schalke 04. Er ist auch eng mit der NRW-CDU und er war auch gut mit Landrat Sven-Georg Adenauer verbandelt.

Wenn diese Herren nun auf Distanz zum Obersten Schweinepriester gehen, dann tun sie dies nur aus Selbstschutz und weil der Skandal derzeit allzu groß wurde.

Der erwähnte Landrat Sven-Georg Adenauer spricht davon, dass er



Nach einem Cover einer Ausgabe von „Der Dschungel (The Jungle)“, Roman von Upton Sinclair über die Schlachthöfe von Chicago von 1906

„jedes Vertrauen in Tönnies verloren“ habe.

Antwort: Das stimmt möglicherweise. Tönnies geht täglich über Zehntausende Tier-Leichen. Er nimmt auch politische Leichen in Kauf. Landrat Adenauer verkündet auf seiner Website, dass seit seinem ersten Antritt als Landrat im Jahr 1999 „die Erwerbsquote“ im Kreis Gütersloh „von 37 auf 47 Prozent gestiegen“ sei. Das ist natürlich auch ein Resultat der Expansion von Tönnies mit seinem Dumping-Lohn-System. Landrat Adenauer sitzt nach eigenen Angaben in 53 Gremien und kassierte im vergangenen Jahr dafür an Nebeneinkünften 85.777 Euro. Der Mann ist ein echter Netzwerker. Noch am Beginn der Corona-Krise ließ er auf seiner Website mitteilen (so am 26.6.2020 dort nachlesbar): In dieser Krise komme ihm und dem Kreis „die Aufgabe zu, eine Ermöglichungs- und keine Verhinderungsbehörde zu sein.“ Es ist genau dieses Laissez-faire, das zu der Explosion der Corona-Infektionen beitrug.

Die Landwirtschaftsministerin sprach am 26. Juni von „ethisch begründeten Preisen für Fleisch“.

Antwort: Es geht vor allem um die Fleisch-Kultur. Beim Umgang der Fleischbosse mit der Tierwelt im Rahmen der Massentierhaltung kommt eine grundsätzliche Kultur der Verachtung von Leben zum Ausdruck. Die Welt der Fleisch-Branche ist vom Fleisch-Kult geprägt. Clemens Tönnies sagt: „Ich esse jeden Tag mein Stück Fleisch“. Das sei „gerade in Corona-Zeiten zur Stärkung der Immunabwehr wichtig.“ (*Tagespiegel* 20.6.2020). Landrat Adenauer sagt, als „Henkersmahlzeit“ wünsche er sich „400 g Rumpsteak (medium) mit Speckbohnen und Kräuterbutter“ (Website). Es ist davon auszugehen, dass die hohen Herren sich dabei eher kein Tönnies-Fleisch gönnen, wie es aktuell bei Aldi als „Schweineschnitzel zu 4,99 Euro in der 800 Gramm-XXL-Packung“ (also 62,3 Cent je 100 Gramm) angeboten wird. Sie verzichten auch eher darauf, bei Netto zuzulangen, wo es „Schweine-Nacken-Kammsteaks in der 600 Gramm-Packung, mariniert in Köstritzer Schwarzbier, zu 3,19 Euro“,

also 100 Gramm zu 53,2 Cent, gibt. Diese Fleisch-Kultur paart sich mit Rassismus. Auf dem Handwerkertag im August 2019 wettete Clemens Tönnies gegen höhere Steuern wegen des Klimawandels und forderte stattdessen den „Bau von Kraftwerken in Afrika“. Dann „würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn es dunkel ist, Kinder zu produzieren.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 27.6.2020) Als Armin Laschet, Minister-

Celsius, die Luft getränkt mit Flüssigkeiten, teilweise mit Blut) erfolgen. Es gab z.B. in ganz Bulgarien bis zum 26. Juni gerade mal 211 Corona-Tote. Rechnet man das auf Deutschland um, dann entspricht das rund 2500 Corona-Toten. Tatsächlich gab es hierzulande bislang knapp 9000 Corona-Tote. Die Corona-Infektionen in Bulgarien und Rumänien sind wesentlich geringer als in Deutschland. Eher trifft das Umgekehrte zu: Menschen, die sich in Deutschland bei

Großbritannien: Zustrom in die Gewerkschaften

Die Bedrohung durch das Corona-Virus hat Arbeiterinnen und Arbeiter erkennen lassen, dass der kollektive Schutz durch eine Gewerkschaft wichtig ist. Gewerkschaften haben in Großbritannien während der Pandemie einen signifikanten Mitgliederzuwachs gesehen. Es gab jedoch zwei Phänomene. Viele führende Gewerkschaftsmitglieder verfolgten die Idee einer „nationalen Einheit“ mit den Arbeitgebern und der Tory-Regierung. Das führte dazu, dass Lohnforderungen verschoben und Arbeitskämpfe im „nationalen Interesse“ abgesagt wurden. Und das alles konnte geschehen, obwohl die langsame Reaktion der Regierung auf das Virus zweifellos zunächst tausende Menschenleben gekostet und dann wiederum zu einer rücksichtslosen Lockerung des Lockdowns geführt hat – alles im Interesse der Profite und auf Kosten der Sicherheit von Beschäftigten.

Das wiederum hat zu Aktionen von Gewerkschaften, oftmals von der Basis ausgehend, geführt. Beschäftigte des Gesundheitswesens haben die Bereitstellung der nötigen Schutzkleidungen erzwungen. Ein Busfahrer startete eine erfolgreiche Kampagne, wonach die Vordertüren in Bussen geschlossen blieben. Zuvor waren dreißig Fahrerinnen und Fahrer an dem Virus gestorben.

Beschäftigte des Bildungswesens zwangen die Regierung hinsichtlich der Wiedereröffnung der Schulen zum Rückzug. Das führte zu einer explosionsartigen Steigerung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Die Bildungsgewerkschaft NEU organisierte ein Online-Treffen mit 15.000 Mitgliedern. Sie konnte 20.000 neue Mitglieder und hunderte neuer Vertrauensleute gewinnen.

Wenn Gewerkschaften einen kämpferischen Kurs einschlagen, können sie zum Anziehungspunkt zukünftiger Kämpfe werden.

Rob Williams, Koordinator des Nationalen Vertrauensleute-Netzwerks (NSSN)

präsident des Landes NRW, zum ersten Mal auf den Corona-Ausbruch bei den Tönnies-Betrieben in Rheda-Wiedenbrück angesprochen und gefragt wurde, was das zum Thema Lockerung, die ja von ihm so massiv vorangetrieben wird, bedeute, antwortete er: „Das sagt darüber überhaupt nichts aus, weil Rumänen und Bulgaren da eingereist sind und da der Virus herkommt.“ (*wdr-nachrichten*, 19.6.2020). Erneut Rassismus pur. Tatsächlich spricht fast alles dafür, dass das Virus bei den Tönnies-Betrieben und damit seinen Ursprung in Deutschland hatte. Auf alle Fälle konnte die extreme Verbreitung nur auf Basis der Verhältnisse in den Tönnies-Schlacht- und Zerlegebetrieben (Arbeit ohne Abstand, nur 4-8 Grad

Tönnies mit dem Virus infizierten, flüchten zurück in ihre Heimatländer und tragen dazu bei, dass es dort zu neuen Corona-Ausbrüchen kommt. Auch dafür trägt die deutsche Seite die Hauptverantwortung. Der Rassismus, der den osteuropäischen Tönnies-Beschäftigten in Deutschland entgegenschlägt und der Einsatz von Bundeswehr (!) zur Durchsetzung der Quarantäne trugen erheblich dazu bei, dass Dutzende Tönnies-Beschäftigte in ihren Wohnorten im Umland von Gütersloh erst gar nicht aufzufinden waren, dass diese sich versteckten und dass sie den Weg in die Heimat antraten. (Siehe ausführlich auch Werner Rügemeier auf Seite 6).

Impressum – Bestellungen – Unterstützungskreis

FaktenCheck:CORONA (FCC) erschien erstmals am 27. April 2020. Dies ist Nr. 2 von FCC. Das FCC-Selbstverständnis findet sich auf Seite 8.

Bezugspreise: Bei Bestellungen zwischen 1 - 99 Ex.: 25 Cent je Ex. // Bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex. // Jeweils zuzüglich Porto & Verpackung. Bitte Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung. **Verantwortlich im Sinne des Presserechts:** Dr. Winfried Wolf // **Träger:** BFS e.V. - Büro für Frieden & Soziales - An den Bergen 112 - 14552 Michendorf

FaktenCheck:CORONA finanziert sich ausschließlich über Kostenbeiträge und Spenden. **Konto** (für Spenden): BFS e.V., MBS-Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

Bestellungen per E-Mail: faktencheckcorona@gmail.com
per Telefon: 0179-7745527 (Heino Berg)

Website: www.info-faktencheck.de // **Post an die Redaktion:** BFS e.V. - An den Bergen 112 - 14552 Michendorf

Herausgeberkreis (die Organisationsnamen in Klammern dienen der Identifikation):

Heino Berg (SAV, Göttingen) - Violetta Bock (Organisieren-Kämpfen-Gewinnen, Kassel) - Ulrich Franz (baso, Wuppertal) - Inge Höger (DIE LINKE NRW, Düsseldorf) - Angela Klein (SoZ Köln) - Sabine Leidig (MdB Die Linke, Berlin) - Lucy Redler (Partei Vorstand Die Linke, Berlin) - Sascha Staničić (Sol; Berlin) - Winfried Wolf (Lunapark21, Berlin) - Christian Zeller (Aufbruch, Salzburg)

FaktenCheck:CORONA wird ergänzend unterstützt von:
Tom Adler · Wolfgang Alles · Angela Bankert · Rudolph Bauer · Joe Bauer · Manfred Dietenberger · Ulrich Duchrow · Leslie Franke · Tim Fürup · Georg Fülberth · Thies Gleiss · Wilfried Hanser · Heike Hänsel · Wolfgang Hien · Bernd Köhler · Stefan Krull · Verena Kreiling · Thomas Kuczynski · Herdolor Lorenz · Ingrid Lohmann · Volker Lösch · Mohssen Massarrah · Wolfgang Neef · Michael Petersen · Thomas Sablowski · Werner Sauerborn · Karl Schweizer · Angelika Teweleit · Marie-Dominique Vernhes · Peter Wahl · Mag Wompele

Schulen und Kitas wieder offen

Wie geht das, was schon vor der Corona-Zeit nicht möglich war



Interview mit Katharina Schwabedissen

Katharina, du bist Mutter von Kita- und Schulkind, sowie bei der Gewerkschaft Ver.di im Bereich Gesundheit und Soziales beschäftigt und Antikapitalistin. Da prallen angesichts der Corona-Krise große Interessen aufeinander. Wie gehen Kinder-Eltern- und Beschäftigteninteressen aktuell zusammen? Diese Interessen gehen zusammen, wenn man Sorgearbeit als reale, zentrale Arbeit versteht und nicht als Hobby von liebevollen Müttern und Erziehenden, und wenn sich Menschen, die diese Arbeiten erledigen, zusammenschließen. In unserem System, in dem die Lohnarbeit im Vordergrund steht, spaltet die Sorge um die Kinder ausgerechnet die Frauen, die sie versorgen. Da ärgert sich die Erzieherin über die Mutter, die ihr Kind nicht pünktlich aus der Notbetreuung holt. Und die Mutter ist sauer, dass sie jetzt ihr Kind nur noch 35 Stunden bringen darf. Die Erzieherin steht unter Druck, weil sie überall hört, dass die Kinder unter der Kontaktsperre leiden. Gleichzeitig weiß sie genau, dass Infektionsschutz in der Kita kaum möglich ist. Und die Mütter finden es ungerecht, dass die Erziehenden freigestellt sind oder andere Eltern ihre Kinder in die Notbetreuung geben können, während sie zu Hause im Homeoffice kaputt gehen, weil sie gleichzeitig Mutter, Lohnarbeiterin, Lehrerin sein sollen. Den Kindern fehlt der Freundeskreis. Teilweise lassen sich diese Konflikte lösen, wenn Eltern sich zusammengeschlossen und ihre Kinder abwechselnd betreut haben.

Du hast mit Thorsten Böning kürzlich eine Ideenskizze zu den Möglichkeiten und Notwendigkeiten frühkindlicher Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie veröffentlicht. Darin fordert ihr neue Räume, mehr Personal und pädagogische Phantasie an die Macht. Was heißt das konkret?

Thorsten und ich sind gemeinsam im Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“, das im letzten Jahr die Proteste gegen das Kinderbildungs-Gesetz (KiBiz) in NRW auf die Straße und in den Landtag gebracht hat. Schon da stand für uns die Verbindung von guten Arbeitsbedingungen für die Erziehenden mit guten Bedingungen für frühkindliche Bildung im Mittelpunkt: Mehr Personal und kleinere Gruppen, bei einer kostendeckenden Finanzierung. Daran hat sich auch durch Corona nichts geändert. Die Probleme sind

lediglich drängender und offensichtlich geworden. Momentan sind in NRW wieder alle Kinder in den Kitas - in Gruppen von bis zu 25 Kindern. Und das mit weniger Personal. Thorsten und ich haben geprüft, welche Alternativen es schon gibt und wie ein Infektionsschutz für Beschäftigte und Kids funktionieren könnte. Also haben wir die Konzepte von Waldkindergärten, kleinen altersgemischten Gruppen und dem Freiwilligenregister in den medizinischen Berufen quer durch den Gesundheitsschutz und aktuell ungenutzte Räume gedacht. Das Ergebnis war ein Aufschlag zur Debatte: Können wir kleine Gruppen in Parks, Spielplätzen, Unis, Gemeindehäusern schaffen, die mit einer Fachkraft und zwei Ergänzungskräften das Infektionsrisiko mindern, Infektionsketten überschaubar halten und pädagogisch hochwertige Arbeit leisten. Die Idee findet sich hier: <https://www.facebook.com/Mehr-Große-für-die-Kleinen-258391901760434/>

Milliarden für Lufthansa und Co. und nur Brosamen für die Kommunen und die Bildung - das ist das Ergebnis des bestehenden Kräfteverhältnisses. Wie können das so geändert werden, damit sich diese Verteilung umkehrt?

Diese Gesellschaft hat wochenlang für die „systemkritischen Berufe“ von den Balkonen aus Applaus gespendet. Damit das zu einer echten Verbesserung der Lage führt, muss dieser Applaus jetzt zu einem gemeinsamen Widerstand werden. Dann wird auch mehr Geld locker gemacht. Aber Geld allein reicht nicht: Eine Gesellschaft, in der nicht das Leben, sondern der Profit im Mittelpunkt aller Handlungen steht, ist lebensbedrohlich. Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir die Politik weiterhin in fremde Hände geben oder ob wir dort anknüpfen, wo es zu Beginn des Lock-downs viel Hoffnung gab. Kommunalpolitik beginnt im eigenen Viertel und wird zu einer globalen Frage, wenn alle im Viertel mitreden. Fridays for Future, Black lives matter, Frauenstreikbewegungen, alle sozialen Initiativen vor Ort - die Bewegungen für das Leben und das Lebendige - müssen zu einander kommen und anfangen, eine alternative Gesellschaft denkbar zu machen und durchzusetzen - über die Grenzen hinweg. Und das kann nur da anfangen, wo das Leben ist: Direkt vor meiner und deiner Haustür mit einem Blick vor die Haustüren überall in der Welt.

Katharina Schwabedissen ist aktiv in DIE LINKE NRW.

SOS der Naturfreunde Häuser

Michael Müller

Vor 125 Jahren wurden die Naturfreunde gegründet. Die „grünen Roten“ haben ein aufklärerisches und soziales Naturverständnis. Das Ziel war Erholung auch für sozial schwächere Schichten – eine Alternative zu verqualmten Wirtshäusern. Als einziger Umweltverband wurden sie 1933 von den Nazis verboten. Für den Widerstand gegen Hitler zahlten sie einen hohen Blutzoll. Die Naturfreunde sind gewichtige Mitinitiatoren der Ostermärsche und treten für sanften Tourismus ein. Solidarität der ausgebeuteten Menschen mit der ausgebeuteten Natur.

Die große Leistung war der Bau von rund 600 Freizeit- und Bildungsstätten, meist in Eigenarbeit errichtet. Die Naturfreunde Häuser waren oft „grüne Inseln im Klassenkampf“: Über die sächsischen Naturfreunde Häuser wurde nach 1933 der Kurierdienst des Widerstands nach Prag und anderswo organisiert. Zuletzt boten Naturfreunde ihre Häuser auch für die Unterbringung von Flüchtlingen an.

Noch heute werden die Naturfreunde Häuser trotz rd. 500.000 jährlichen Übernachtungen in erster Linie ehrenamtlich betreut. Doch ihre Existenz ist bedroht. Die Corona-Krise führt zu einem Verlust von wahrscheinlich 25 Millionen Euro. Zwar ist im Rettungsschirm der Bundesregierung auch eine Hilfe für gemeinnützige Häuser vorgesehen. Die soll jedoch auf KfW-Basis über die Landesförderbanken organisiert werden. Wie soll das funktionieren? Wie sollen Häuser, die seit Monaten keine Umsätze machen, kreditwürdig sein? Was wir brauchen, sind Zuschüsse. Andernfalls bricht ein wichtiger Teil der sozialen Arbeiterkultur weg. Hilfe wird gebraucht.

Gewalt gegen Kinder in der Coronakrise

Verena Kreiling

Wenn Schulen, Kindergärten und Kitas in Corona-Zeiten geschlossen bleiben, bedeutet das nicht nur eine Herausforderung hinsichtlich Betreuung oder Bildungsgerechtigkeit, sondern führt dazu, dass viele Kinder ausweglos häuslicher Gewalt und Missbrauch ausgesetzt sind. Die Corona-Krise hat laut Europol zur Folge, dass europaweit deutlich mehr Bilder und Videos von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet geteilt wurden. Für den Monat März, als beinahe in allen europäischen Ländern Schulen und Kitas geschlossen waren, hat sich die Zahl gemeldeter Aufnahmen sexueller Ausbeutung von Kindern verdreifacht. Für Deutschland zeigen die Daten einen deutlichen Anstieg für die Monate März und April, der im Mai wieder zurückging. Fälle häuslicher Gewalt gegen Kinder (und Frauen) sind ebenfalls massiv angestiegen. Diese Situation ist wenig überraschend: Es ist vielfach dokumentiert, dass in Krisensituationen die Gewalt gegen die Schwächsten in der Gesellschaft zunimmt – in häuslicher Isolation und in den Familien sind dies Kinder und Frauen. Diese zu erwartende Gefährdung wurde von den Regierenden bei der Bekämpfung des Corona-Virus ignoriert und in Kauf genommen, anstelle die Ausgangsbeschränkungen und Schul-/Kitaschließungen mit umfangreichen Schutzmaßnahmen für Kinder zu begleiten.

S21-Widerstand – wieder auf der Straße

Angelika Linkh

Am 22. Juni waren wir Stuttgart21-Gegnerinnen und Gegner nach 3 monatiger Corona-Pause wieder auf der Straße gegen das schädliche Tunnelbahnhofsprojekt. Mehr als 10 Milliarden Euro öffentliches Geld werden verbrannt, um – nach dem Mittleren Schlossgarten, der grünen Lunge der Stadt – den Kopfbahnhof zu zerstören. Für einen unterirdischen Rückbau der Gleis-Kapazität zugunsten Autoverkehr und Immobilienlobby. Nach über 10 Jahren Protest gegen dieses Verbrechen an der Stadt zwang uns Corona mit unserer wöchentlichen Montagsdemo ins Netz. „Oben Bleiben TV“ wurde ein spannendes Protestformat und hat seine Funktion erfüllt: den Zusammenhalt der Bewegung über die Durststrecke zu sichern und den gelungenen Neustart des Protests vor Stuttgarts Rathaus zu ermöglichen. Dort brachte es am Montag, dem 22.6., Regisseur Volker Lösch auf den Punkt: „Danke, Stuttgart 21 – du bist ein so ersichtlich desaströses Projekt, dass man an deinem Beispiel die Welt beschreiben kann, die man nicht haben will, die von Gestern ist. Und du bist als anschauliches Auslaufmodell des Unzeitgemäßen Inspiration für eine andere Gesellschaft. Stuttgart 21 – we are back on the street, we keep on fighting.“ Diese Kampfansage an das destruktive „Weiter so!“ der Stuttgart21-Profiteure, der Autolobby und der Klimazerstörer bekam auf dem Platz viel Beifall. Die Bewegung gegen S21 bleibt also quicklebendiger und widerständiger Stachel im Fleisch.

Michael Müller lebt in Berlin und ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands

Verena Kreilinger lebt in Salzburg, ist Medienwissenschaftlerin und Ko-Autorin von „Corona – Kapital – Krise“

Angelika Linkh lebt in Stuttgart, ist Frauenärztin und seit 2009 aktiv dabei beim Protest auf der Straße (Code zu den Anti-S21-Demos: <https://www.parkschuetzer.de/videos/index.html>)

Die Pandemie ist global. Sie trifft vor allem die Armen

Die Corona-Epidemie wütet nun vor allem in den Peripherie-Regionen

Christian Zeller

Abseits der medialen Öffentlichkeit frisst sich in vielen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika das Corona-Virus durch die Bevölkerung und hat bereits Hunderttausende von Menschen in den Tod gerissen.

Besonders stark betroffen sind die Menschen in Großstädten in Brasilien, Chile, Peru, Ecuador und Mexiko. In Brasilien sind bis zum 25. Juni bereits 55.000 Menschen an Covid-19 gestorben. Eine besonders rasche Zunahme an Opfern verzeichnet Mexiko, wo bislang 25.000 Menschen dem Virus zum Opfer fielen. Ende Juni waren es täglich mehr als 700.

Dabei sind die offiziellen Zahlen hochgradig unzuverlässig. Die Testtätigkeit ist ungenügend und nur ein Bruchteil der an Covid-19 Verstorbenen wird erfasst. Die meisten Erkrankten suchen kein Krankenhaus auf. Viele sterben zu Hause. Die abrupt ansteigenden und weit überdurchschnittlichen Sterbefälle sowie die Massenbestattungen auf extra eingerichteten Friedhöfen in vielen Städten zeigen, dass die tatsächlichen Opferzahlen um ein Vielfaches höher sind als die Zahlen der Regierungen vermuten lassen.

Jair Bolsonaro, der rechtsextreme Präsident Brasiliens, beschönigt die Pandemie systematisch. Er verhöhnte jene, die vor der Gefahr des Corona-Virus warnten. Er fordert die Menschen dazu auf, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Mehrfach hielt er demonstrativ Großveranstaltungen mit seiner Anhängerschaft ab. Studien weisen darauf hin, dass bereits im April die Anzahl der Infizierten in Brasilien tatsächlich 15mal höher gewesen sei als von der Regierung ausgewiesen. (siehe ausführlich Seite 5). Auch Andrés Manuel López Obrador, der Mittellinks-Präsident Mexikos, verharmloste anfänglich die Pandemie, bisweilen mit absurder religiöser Rhetorik. Dann musste er doch Ausgangsbeschrän-



kungen durchsetzen. Auch hier ergeben Datenanalysen, dass die Regierung die Ansteckungen und Todesfälle massiv untertreibt.

In vielen Metropolen Südamerikas brach die Gesundheitsinfrastruktur in den letzten Monaten unter dem Ansturm der erkrankten Menschen zusammen. Die Ärzte entscheiden, wer

überhaupt noch in die Krankenhäuser aufgenommen und behandelt wird. Viele Regierungen verschlimmerten die Pandemie mit ihrer Kombination von unverantwortlichem Wegschauen und autoritärer Repression. Doch noch wichtiger sind die strukturellen Gegebenheiten in den allermeisten Ländern des globalen Südens.

Die meisten Menschen in Afrika, Lateinamerika, Asien und im Mittleren Osten erfahren die Ausbreitung der Covid-19-Erkrankungen als direkte Konsequenz einer globalen Ökonomie, die systematisch auf der Ausbeutung der billigen Arbeit der Menschen und dem Raubbau an der Natur im globalen Süden beruht. Die öffentlichen Gesundheitssysteme sind in den meisten abhängigen Ländern in einem schlechten Zustand. In den meisten Ländern fehlen die nötigen medizinischen Geräte. Die Behörden in vielen armen Ländern wissen nicht einmal, wie viele Intensivpflegeplätze vorhanden sind. Gemäß einer Studie verfügen mehr als 50 Prozent der armen Länder über keinerlei statistische Daten zur Ausstattung mit Intensivstationen. Entscheidend ist der bei der armen Bevölkerung weitverbreitete Mangel an grundlegenden Ressourcen wie sauberes Wasser, Nahrungsmittel und Strom und der fehlende oder eingeschränkte Zugang

zu medizinischer Basisversorgung. Die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Armut und die Maßnahmen für die Gesundheit der Menschen beeinflussen sich gegenseitig. Für viele Menschen ist es unmöglich, sich selbst in den eigenen vier Wänden zu isolieren. In Ländern, in denen die Mehrheit der Arbeitskräfte informelle Arbeit leistet oder von ihren täglichen Löhnen lebt, ist es nicht möglich, sich einfach zu isolieren und zu Hause zu bleiben. Ausgangsbeschränkungen treffen die Menschen hart und existenziell. Ja, die Maßnahmen verschlimmern alle sozialen Probleme, die es ohnehin gibt.

zu medizinischer Basisversorgung.

Die weltweite Ausbreitung der Covid-19 Erkrankungen hat in vielen Ländern weit zerstörerischere Wirkungen als beispielsweise in Deutschland. Die dramatische Ausweitung der Pandemie in Südamerika, aber auch in afrikanischen und asiatischen Großstädten, warnt uns eindringlich vor einer Entwicklung, die zur Auslöschung weiterer Hunderttausender oder gar Millionen, vor allem armer Menschen führen kann.

In den reichen Ländern haben wir wesentlich bessere Bedingungen, die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen als in den armen Ländern. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung, die Ausbreitung der Ansteckungen und Erkrankungen zu verhindern. Damit tragen wir auch dazu bei, dass wir die Gefahr für die Menschen im globalen Süden nicht noch zusätzlich verstärken. Zugleich ist es unsere Pflicht, den zahlreichen Bewegungen im globalen Süden beizustehen, die für demokratische und soziale Rechte kämpfen.

Die weltweite Ausbreitung der Covid-19 Erkrankungen hat in vielen Ländern weit zerstörerischere Wirkungen als beispielsweise in Deutschland. Die dramatische Ausweitung der Pandemie in Südamerika, aber auch in afrikanischen und asiatischen Großstädten, warnt uns eindringlich vor einer Entwicklung, die zur Auslöschung weiterer Hunderttausender oder gar Millionen, vor allem armer Menschen führen kann.

In den reichen Ländern haben wir wesentlich bessere Bedingungen, die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen als in den armen Ländern. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung, die Ausbreitung der Ansteckungen und Erkrankungen zu verhindern. Damit tragen wir auch dazu bei, dass wir die Gefahr für die Menschen im globalen Süden nicht noch zusätzlich verstärken. Zugleich ist es unsere Pflicht, den zahlreichen Bewegungen im globalen Süden beizustehen, die für demokratische und soziale Rechte kämpfen.

Christian Zeller lebt in Salzburg, ist aktiv bei Aufbruch für eine ökosozialistische Alternative und Mitverfasser des Buchs „Corona, Kapital und Krise“ (PapyRossa).

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie



Seattle: Smells like collective spirit*

In Seattle hat die Bewegung gegen Polizeigewalt in kurzer Zeit viel erreicht. Die reaktionäre „Polizeigewerkschaft“ SPOG wurde aus dem lokalen Gewerkschaftsverband ausgeschlossen. In der Innenstadt gibt es seit dem 10. Juni eine selbstverwaltete Zone, die CHAZ (Capitol Hill Autonomous Zone) oder CHOP (Capitol Hill Organized Protest): Die Polizei hat keinen Zutritt. Hier organisieren die Menschen ihren Alltag selbst. In der Zone gibt es kulturelle und soziale Projekte, kostenlose Lebensmittelhilfe für Bedürftige und selbstorganisierte Sicherheit.

Über Stunden beschloss die Polizei eine friedliche Demonstration nach dem Mord an Georg Floyd mit Tränengas. Doch die Menschen hielten dagegen. Die Polizei musste ihr Revier im Osten der Innenstadt aufgeben. Demonstrierende errichteten Barrikaden und erklärten die Straßenzüge rund um die verlassene Polizeiwache zur befreiten Zone. Die sozialistische Stadträtin Kshama Sawant führte eine Demonstration von Tausenden zum Rathaus an und schloss ihnen die Tür auf, um gemeinsam Kürzungen bei der Polizei und die Freilassung der zuvor Festgenommenen zu fordern. Gewerkschaftsaktive trugen die Proteste in die Gewerkschaften. Kurz darauf wurde die SPOG aus dem Dachverband ausgeschlossen

Claus Ludwig

*Etwa: „Es riecht nach Kollektiv-Geist“. Der Titel „Smells like teen spirit“ war ein Hit der Gruppe Nirwana



Anzeige

DAS LINKE BUCH
ZUR CORONA-PANDEMIE



JETZT
BESTELLEN

301 SEITEN, 14,90 EURO
ISBN 978-3-96156-091-2
WWW.MANIFEST-BÜCHER.DE

Brasilianische Bevölkerung muss drei Katastrophen meistern

Jose Maria de Almeida,
São Paulo, Brasilien

Es stimmt „não está fácil pra ninguém - Es ist gerade nicht einfach - für niemanden“, wie man hier in Brasilien sagt. Aber besonders für die arbeitende Klasse und die Ärmsten in der Gesellschaft ist die Lage auf jeden Fall schlimmer. Das Land steckt in einer dreifachen Herausforderung mit drastischen Konsequenzen für die Lebensbedingungen und die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung.

Die erste Katastrophe ist die Corona-Pandemie. Wir haben die 1,2-Millionen-Marke an infizierten Menschen überschritten. Ende Juni war es offiziell mehr als 55.000 Corona-Tote. In der Realität – die Dunkelziffer eingeschlossen – sind es fünf bis sieben Mal mehr. Die enorme soziale Ungleichheit zwingt Millionen Menschen, unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben: in kleinen prekären Behausungen, praktisch eine Hütte auf der nächsten errichtet, ohne sanitäre Einrichtungen und oft auch ohne Wasseranschluss. All dies wird noch durch die kriminellen Maßnahmen der aktuellen Regierung verschlimmert, die eine Kampagne gegen das Social Distancing führt. Es gibt keine Garantie für ein soziales Mindesteinkommen, keine wirtschaftliche Unterstützung, was es den Menschen ermöglichen würde, zu Hause zu bleiben.

Die zweite Katastrophe ist die wirtschaftliche. Es gab schon eine Wirtschaftskrise vor der Corona-Pandemie. Jetzt wird eine neue Stufe erreicht. Nach optimistischen Voraussagen könnte sich die Arbeitslosigkeit

verdreifachen. Sie stieg offiziell seit Jahresanfang und bis Mai von 11 auf 15 Prozent – und liegt real natürlich wesentlich höher. Für Klein- und Kleinstunternehmen, die zusammen rund 57 Prozent aller Arbeitsplätze ausmachen, gibt es keinerlei staatliche Unterstützung. Auf der anderen Seite nutzen Regierung und Großunternehmen die Krise und die Angst um Arbeitsplatzverlust, um Löhne, soziale Errungenschaften und Arbeitsrechte abzubauen. Die soziale Krise (Arbeitslosigkeit, Hunger, Gewalt), die in unserem Land eine Konstante darstellt, ist tief. Sie könnte in Kürze dramatische Ausmaße annehmen.

Die dritte Katastrophe ist die Regierung des Offiziers Jair Bolsonaro. Das ist ein ultrarechter, äußerst neoliberaler

Präsident, der nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass er eine Diktatur errichten will. Trotz täglicher Angriffe auf die repräsentative Demokratie schreckt er immer wieder zurück, weil ihm das derzeitige Kräfteverhältnis innerhalb der brasilianischen Gesellschaft nicht erlaubt, diese Diktatur zu errichten. Er ergreift täglich einzelne Maßnahmen in diese Richtung, die gravierende Rückschritte für das Land bedeuten, sei es bei den Bürger- und Menschenrechten, den demokratischen Freiheiten, dem Umweltschutz und und und.

Die Regierung hat in letzter Zeit deutlich abgewirtschaftet. Auch wenn sie immer noch bei rund 30 Prozent eine bedeutende Unterstützung genießt, so ist doch die breite Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile gegen

sie eingestellt. Ein Teil hat sich dabei deutlich radikalisiert. Bolsonaro ist in der Gesellschaft zunehmend politisch isoliert, sei es im Verhältnis zu den staatlichen Institutionen wie dem Kongress (auch wenn er weiterhin die Unterstützung einer Gruppe der korruptesten Abgeordneten schlicht kauft), der Justiz oder der Zivilgesellschaft. Von den Vertretern der Großunternehmen wird er noch toleriert (solange er die ultraliberale Politik seines Wirtschaftsministers Paulo Guedes garantiert), auch wenn es dort bereits Absetzbewegungen gibt.

Vor diesem Hintergrund wächst die Bewegung *Fora Bolsonaro – Weg mit Bolsonaro*. Das Ziel, den Präsidenten und seine Regierung zu Fall zu bringen, ist die Voraussetzung für die

Wahrung von Gesundheit und Leben der Menschen angesichts der Pandemie und für den Schutz der arbeitenden Klasse und der armen Bevölkerung vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Noch ist *Fora Bolsonaro* keine Massenbewegung. Einerseits, weil die Führungen der großen politischen Organisationen wie der PT (Arbeiterpartei) und die großen Gewerkschaftsdachverbände noch zurückhaltend sind. Andererseits, weil die Einschränkungen durch die Pandemie eine breite Mobilisierung auf den Straßen erschweren. Dennoch geht es schrittweise voran. Neben den Demonstrationen in den großen Städten, noch klein und von den radikaleren Organisationen getragen, gibt es am 3. Juli [nach Redaktionsschluss dieser FCC] einen ersten landesweiten Aktionstag zur Amtsenthebung. Wir hoffen, dass dies ein erster Schritt zur Absetzung dieser mörderischen Regierung ist.

Jose Maria de Almeida, São Paulo, Brasilien, ist Metallgewerkschafter und Vorsitzender der Linkspartei PSTU / Übersetzung: Bea Sasser mann



Gesundheit geht vor Erfolgreicher Streik der Fleischarbeiter in Uruguay für besseren Arbeitsschutz in der Epidemie

Interview mit **Martín Rodríguez**,
Montevideo

Wenn es ein Land weltweit gibt, wo die Fleischindustrie systemrelevant ist, dann dürfte es das südamerikanische Uruguay sein. Die Viehzucht (v.a. Rinder und Schafe) ist der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, Fleisch das Hauptexportprodukt und gleichzeitig das wichtigste Nahrungsmittel für die gut drei Millionen Menschen. 14.500 Beschäftigte arbeiten in Uruguay in der Fleischindustrie. Rund 4000 davon sind in der Gewerkschaft FOICA-Cerro organisiert. Anfang April setzten sie mit einem einwöchigen Ausstand durch, dass – mit Blick auf die Covid-19-Pandemie – strengere Arbeitsschutzauflagen in dem Sektor gelten. Ein Gespräch mit Martín Rodríguez, Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit von FOICA-Cerro.

Was war der Anlass für den Streik. Gab es Corona-Fälle in den Betrieben? Glücklicherweise nicht. Aber uns war klar, dass eine große Gefahr dafür

bestand. Allein schon wegen der Enge, in der dort gearbeitet wird. Die Leute stehen bei der Arbeit normalerweise 30 oder 40 cm voneinander entfernt. Also viel weniger als die empfohlene physische Distanz. Als die ersten Corona-Fälle in Uruguay bekannt wurden, gab es ein Drei-Parteien-Treffen zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften. Allerdings blieb dies ohne konkrete Ergebnisse. Daher entschieden wir uns für einen einwöchigen Streik.

An dem sich aber nicht beide in dem Bereich aktiven Gewerkschaften beteiligten.

Die Gewerkschaft FOICA-Ciudad Vieja, die vor allem in der Fleischverarbeitung, also zum Beispiel in Wurstfabriken, aktiv ist, hat sich nicht beteiligt. Sie hängt mehr der Vorstellung nach, dass eine funktionierende Produktion das Wichtigste sei, um Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Für uns geht die Gesundheit vor. Trotzdem war unser Streik erfolgreich. Die Fleischproduktion ging in der Woche um 65 bis 70 Prozent zurück. Außerdem

wählten wir den Zeitpunkt des Streikes so, dass er in die Woche fiel, für die der Höchststand der Neuinfektionen vorhergesagt wurde. In gewissem Sinne hat sich dadurch die Belegschaft in eine „freiwillige Quarantäne“ begeben. Und letztendlich hat er dafür gesorgt, dass die Unternehmen gesprächsbereiter wurden.

Was wurde mit den Unternehmen nach dem Streik vereinbart?

In erster Linie wurden gemeinsame Sicherheitsprotokolle erarbeitet, die an die Situation der einzelnen Betriebe angepasst sind. Beispielsweise wird regelmäßig Fieber gemessen, die Unternehmen stellen Mundschutz und Handschuhe zur Verfügung, es wird Alkohol-Gel bereitgestellt. Darüber hinaus gibt es Vereinbarungen, wie die Distanz am Arbeitsplatz erhöht wird.

Wer kontrolliert die Umsetzung der Protokolle?

In erster Linie wir als Gewerkschaft. Laut Gesetz müssen in Uruguay Betriebe ab einer bestimmten Größe Kommis-

sionen für Arbeitssicherheit besitzen, in denen auch wir vertreten sind.

Während des Streiks gab es Anfeindungen von Seiten der Unternehmerverbände und Metzgereiorganisationen, wonach die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch gefährdet sei. Wie waren die Reaktionen in der Bevölkerung auf euren Ausstand? Die Reaktion war weitgehend positiv. Auch von vielen Mitgliedern der Gewerkschaft, die sich dem Streik nicht anschloss, bekamen wir Zuspruch. Die Aussagen über einen möglichen Versorgungsengpass waren unsinnig. Zum einen war genügend Fleisch im Umlauf.

Zum anderen haben wir von Anfang an gesagt, dass wir nicht die Produktion für den Binnenmarkt bestreiken. Sondern die für die Exportwirtschaft. Ich denke, dass die meisten Menschen sehr gut verstanden, warum wir das gemacht haben. Es geht dabei nicht nur um die Gesundheit der Beschäftigten, sondern um Maßnahmen, die die Gesundheit der Bevölkerung im Allgemeinen schützt.

Das Interview führte Wolfgang Ecker am 23.6. in Montevideo. Es erscheint in der Juli-August Ausgabe der Zeitschrift *ila* – Das Lateinamerika-Magazin, mit einem Artikel von Wolfgang Ecker zu Covid-19 in Uruguay. Siehe: <https://www.ila-web.de/>

Anzeige



Verena Kreilinger /
Winfried Wolf / Christian Zeller
Corona, Krise, Kapital
Eine solidarische Alternative
in den Zeiten der Pandemie

ISBN 978-3-89438-739-6 | 280 Seiten | € 17,90

Eine Pandemie verstärkt die wirtschaftliche Rezession zur weltweiten Depression. Vom Staat beschützt, stehen die Interessen der Wirtschaft vor dem Schutz der Menschen. Konkret: Profit before people. Es kommt aber darauf an, den Gesundheitssektor gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen und die Ökonomie solidarisch und ökologisch umzubauen.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Corona-Hotspot Fleischindustrie

Das Virus hat eine soziale Einfärbung



Werner Rügemer

Als hätte es niemand ahnen können, schon gar nicht die beamteten Virologen: Plötzlich, nach acht Wochen Pandemie-Bekämpfung, zeigte sich Mitte Mai 2020 die bisher höchste Infektionsrate bei einer klar umgrenzten sozialen Gruppe: Bei den osteuropäischen Fleischarbeitern in den Fleischfabriken in kleinen Städten.

Schon bei den ersten hastigen Tests zeigte sich: Bei Westfleisch in Coesfeld/Münsterland 129 Infizierte unter 1.200 Beschäftigten, 150 Infizierte unter 1.200 Beschäftigten im Werk Oer-Erkenschwick. 300 Infizierte unter 1.100 Beschäftigten bei Müller in Pforzheim/Baden-Württemberg. 140 Infizierte im Werk Bad Bramstedt/Schleswig-Holstein des niederländischen Schlachtkonzerns Vion, mit 12.400 Beschäftigten, davon 7.900 aus Osteuropa, dem zweitgrößten Schlachtkonzern in Deutschland. Zuletzt die höchste Infektionsrate beim Marktführer Tönnies im größten Schweinezerlegebetrieb Europas in

Rheda-Wiedenbrück: 1553 Infizierte von knapp 7000 Beschäftigten nach vier Test-Tagen.

Systemrelevant in der Corona-Krise

Während der Pandemie wurde die Hoch-Risikogruppe der osteuropäischen Fleischzerleger unkontrolliert und ungeschützt zu noch mehr Arbeit angetrieben. Clemens Tönnies lobte, dass seine Tönnies Holding mit 16.000 Beschäftigten als systemrelevant eingestuft wurde. Er erklärte stolz im Handelsblatt: Meine „Mitarbeiter“ schieben jetzt zusätzlich 16-Stunden-Schichten am Wochenende.

Ganz ähnlich in den USA: Die Trump-Regierung erklärte die Fleischbetriebe ebenfalls zur „kritischen Infrastruktur“. Auch hier Wochen später der plötzliche Ausbruch. Die ausgebeuteten Afroamerikaner, Latinos, Nepalesen, Flüchtlinge aus Bosnien, Asien und Südamerika in den Fleischfabriken von Smithfield Foods, Tyson Foods & Co waren überproportional häufig infiziert und

sterben besonders häufig. Schon im ersten Testlauf erwiesen sich 16 Prozent der 3.700 Beschäftigten im 3-Schicht-Fleischbetrieb von Smithfield in South Dakota als infiziert.

Gefährdung seit langem bekannt

Die Arbeitsausbeutung und Gesundheitsgefährdung sind seit über einem Jahrzehnt dokumentiert – durch Medien, Gewerkschaften, Initiativen. So hatte beispielsweise die *aktion gegen arbeitsunrecht* am 13. September 2019, dem Aktionstag „Schwarzer Freitag der 13.“ mit anderen Initiativen in mehreren Städten „das System Tönnies“ angeprangert, auch mit einer Großkundgebung in Rheda-Wiedenbrück.

Bei der erstmaligen, größeren staatlichen Ermittlung durch das NRW-Arbeitsministerium im Jahr 2019 – ein halbes Jahr vor Corona – wurden in 30 NRW-Fleischbetrieben mit 17.000 Beschäftigten wiederkehrende Praktiken festgestellt: 5.800 Arbeitszeitverstöße, unwürdige Unterkünfte, mangelhafter Arbeitsschutz, Schichten mit über 16 Stunden, entfernte Schutzeinrichtungen, gefährlicher Umgang mit Gefahrstoffen. Der Bericht wurde im Januar 2020 veröffentlicht. Aber die guten Rechtsstaats-Christen Ministerpräsident Laschet, Arbeitsminister Laumann, Justizminister Biesenbach, Landrat Adenauer – alle taten nichts.

Zum Infektionsrisiko gehört die Unterbringung in engen Mehrbettzimmern. Sechs bis acht Arbeiter auf 30 Quadratmetern, mit gemeinsamer kleiner Küche und knappen Sanitäranlagen. Weil die Subunternehmer, die die Unterkünfte vermieten, möglichst viel verdienen wollen, bleibt der Einrichtungs- und Hygiene-Standard auf niedrigstem Niveau. Die 150 bis 300 Euro monatlich pro Bett bedeuten zudem eine Straftat (Strafgesetzbuch §

291): extremer gewerblicher Mietwucher, Ausnutzung einer Zwangslage. Auch das haben Landesregierungen und Justiz nie aufgegriffen.

Die Schlachtbetriebe stehen in der (Klein)Stadt, die Unterkünfte sind entfernt in armen Stadtteilen oder ländlicher Gegend. Deshalb werden die Arbeiter in engen Kleinbussen täglich hin- und hertransportiert.

Deutschland: Schweinefleisch Europas

Bis zu 80 Prozent der Beschäftigten sind Werkvertragsler. Allein Tönnies bezieht sie aktuell von zwölf verschiedenen Firmen. Die Arbeiter kommen aus den durch die EU verarmten Staaten: Hohe Arbeitslosigkeit, niedrigste Niedrig- und Mindestlöhne, in Moldau 200 Euro im Monat. Sie kommen für zwei, drei Jahre, dann werden sie erschöpft ausgetauscht. Dabei sind die Werkverträge betrügerisch: Sie sind gefakte Leiharbeit. Aber Tönnies, Vion, Danish Crown, Westfleisch & Co waschen ihre Hände in simulierter Unschuld.

So gehören die Fleischarbeiter in Deutschland zu den am meisten ausgebeuteten und gefährdeten Beschäftigten in Europa. Aber durch Werkvertrag und die Abwesenheit staatlicher Aufsicht, von Betriebsräten, Gewerkschaften und Mitbestimmung sind sie zugleich diejenigen, die sich am wenigsten wehren können. Erpressung, Angst, Krankheiten – mitten im „Rechtsstaat Deutschland“.

So rückte Deutschland wegen der extremen Arbeitsausbeutung zum

Schweinefleisch Europas auf, mit EU-Förderung auch für Tönnies: Er schaffte ja Arbeitsplätze. Vion aus den Niederlanden und Danish Crown aus Dänemark gründeten im ArbeitsUnrechts-Paradies große Schlachthäuser – zuhause sind die deutschen Praktiken verboten. 45 Prozent des Fleisches werden exportiert. Deutschland wurde nach den USA der größte Fleischexporteur.

Bundeskabinett: Arbeitsschutzprogramm für die Fleischindustrie

Das Bundeskabinett hat nach dem Ausbruch der Infektion am 20. Mai 2020 hektisch das „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ beschlossen. Danach sollen ab 1. Januar 2021 in der Fleischindustrie Werkverträge und Leiharbeit verboten sein. Die Arbeitszeit soll vollständig erfasst werden. Die Ämter sollen kontrollieren. Aber: Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ist weiter möglich. Laut EUGH-Urteil müssen nun die Unternehmen die gesamte Arbeitszeit erfassen. Aber Arbeitsminister Heil hat bei den Professoren Volker Rieble und Gregor Thüsing Gutachten in Auftrag gegeben, wie das Urteil unterlaufen werden kann. Und die Aufsicht durch Gewerbe- und Gesundheitsämter ist Ländersache. Und die EU fördert – siehe Entsende-Richtlinie – nicht die Einrichtung von Dauer-Arbeitsplätzen, sondern baut die Arbeitsmigration aus den verarmten EU-Staaten weiter aus: Die Reservearmee an verschleißbaren Billiglöhnern soll erhalten bleiben. Also: Da muss Druck ausgeübt werden, der bisher weder vom Staat noch von Gewerkschaften ausgeht.

Werner Rügemer ist Vorsitzender der *aktion gegen arbeitsunrecht* (arbeitsunrecht.de)

Die Blindstellen der Regierungs-Pandemiker

Die von der Bundesregierung, auch von der EU, herangezogenen Virologen, Epi- und Pandemiker gehen davon aus: Das Corona-Virus breitet sich allgemeinmenschlich aus, gleichermaßen bei arm und reich, bei Hartz IV-gedemütigten Arbeitslosen wie in den Chefetagen, in den engen 6-Bett-Zimmern der rumänischen Fleischzerleger in Rheda-Wiedenbrück wie im Villenviertel Hamburg-Blankenese. Das Alter mit häufigen Vorerkrankungen, das spielt eine Rolle, wurde zugestanden. Aber soziale und Arbeitsumstände? Nein, die spielen keine Rolle, da haben das Robert Koch-Institut und der Charité-Professor Drost nicht nachgeschaut. Deshalb breiteten Bundes- und Landesregierungen die Gegenmaßnahmen allgemeinmenschlich über alle Orte und Bürger und das ganze Land aus. Alle Menschen mussten zuhause bleiben, die Polizei kontrollierte streng und überall. So simulierten jedenfalls Bundeskanzlerin, Landesfürsten und das öffentlich-rechtliche TV. Aber 38 Millionen der 45,2 Millionen Beschäftigten gingen weiter zur Arbeit (unsichtbar). In den Unternehmen kam die Polizei nie vorbei, auch nicht auf Baustellen und z.B. in Fleischfabriken. So brach dann das Virus doch „überraschend“, katastrophisch an bestimmten Orten und besonders heftig aus: in den Altersheimen, in städtischen Slums wie dem Iduna-Zentrum in Göttingen, wo diverse städtische Ämter 700 Arbeitslose, Drogenabhängige und Migranten auf engstem Raum zusammengepfercht haben. Eine Studie, nicht von der Bundesregierung in Auftrag gegeben, zeigt jetzt: Hartz IV-Empfänger sind viel häufiger infiziert. Und „überraschend“ für die staatlichen Gesundheitsapostel und großen Viren-Bekämpfer brach das Virus dann in den deutschen Fleischfabriken aus. Die extreme Gesundheitsgefährdung und Infektionsanfälligkeit ergibt sich durch die bekannte Synergie mehrerer Faktoren: Ermüdende gehetzte Arbeit bis über 16 Stunden pro Tag, Arbeit Schulter an Schulter, Arbeit in infektionsfördernder gekühlter Luft, erpresste und unbezahlte Mehrarbeit und die damit dokumentierte Verachtung, Unterbringung in engen Mehrbettzimmern, soziale Isolation, täglicher Hin- und Hertransport in Kleinbussen. Gerade in NRW, dem Hauptstandort der Fleischindustrie wie auch des Marktführers Tönnies, waren alle diese seit vielen Jahren bekannten Umstände durch eine Großraffia des Arbeitsministeriums 2019 noch amtlich dokumentiert. Aber die staatlichen Virus-Bekämpfer hatten – wie Kollege Donald Trump in den USA – die Fleischindustrie zur „kritischen Infrastruktur“ erklärt. Sie hätten, im Gegenteil, genau das tun müssen, was sie jetzt drei Monate – oder auch drei Jahre – zu spät in der von ihnen verursachten Katastrophe tun: Schwerpunkte definieren. Testen. Ursachen bekämpfen.

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Neuerscheinung: Das Schweinesystem – Aufhebung der Werksverträge und des Subunternehmertums

Unter diesem Titel erschien im Juni ein Buch, herausgegeben vom Jour Fixe Gewerkschaftslinken Hamburg. (Daten: 124 Seiten / ISBN 978-3-9822036-0-7 / 10 Euro. Verlag: Buchmacherei).

Die Publikation gestattet tiefe Einblicke in die Welt der deutschen Großschlachtereien. Hier hat sich ein besonderes Geschäftsmodell etabliert, das durch krasse Ausbeutung und Entwürdigung von lohnabhängigen Menschen groß geworden ist. Es droht sich geschwürartig auszubreiten und konkurrierenden sozial regulierten Beschäftigungsverhältnissen die Luft abzudrücken. Das auch als „System Tönnies“ bezeichnete Komplex wird aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: Politisch, ethisch und gewerkschaftlich. Die Autorinnen und Autoren wirken in Bürgerinitiativen, in gewerkschaftlichen Strukturen, der kirchlichen Betreuung und Beratung oder in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Ihr Ziel „ist es, die aktuelle Offenlegung der Missstände zu nutzen, um endlich das Werksvertrags- und Subunternehmerwesen zu beenden.“

Big Pharma in Corona-Zeiten

Die Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten muss unter öffentlicher Kontrolle erfolgen

Angela Bankert

In den aktuellen Meldungen werden die Pharma-Konzerne als Retter in der Corona-Krise gepriesen. Die Bundesregierung spendiert mal flugs 300 Millionen Euro, um in ein Tübinger Pharma-Unternehmen einzusteigen. Da war der Chef des Schweizer Pharmariesen Novartis, Vasant Narasimhan, dann doch ehrlicher. Er entschuldigte die *allgemeine Untätigkeit* von Big Pharma auf dem Impfssektor mit den Worten: „Wenn diese Epidemien auftreten, gibt es sehr viel Interesse (...), aber danach verliert sich das Interesse wieder, und die Investoren ziehen sich zurück.“¹ War da was? Big Pharma in den Corona-Startlöchern? Pharma-Riesen wollen Impfwang? Tatsächlich haben die internationalen Konzerne im Bereich Impfstoffe weder großartig geforscht – auch nicht nach den Corona-Vorgänger-Epidemien SARS-1 und MERS – noch haben sie neue Impfstoffe hergestellt. Sie zogen sich auch aus den Bereichen Tropenmedizin, Infektionskrankheiten und anderen Sektoren der Grundlagenforschung weitgehend zurück. In diesen Bereichen sind für Big Pharma die Renditen schlicht nicht ausreichend. Wörtlich sagte im Juni Siegfried Bialojan, Leiter des EY [ehem. Ernst & Young] Life Science Center: „Die großen Pharma-Firmen werden nicht ihre langfristigen Programme stoppen und ihre Hauptaktivität auf Covid-19 verschieben. Pandemien sind als Businessfaktor nicht planbar.“²

Laut Verband der forschenden Pharmaunternehmen gab es 2019 unter den 434 Forschungsprojekten ganze zehn im Bereich Impfstoffe.³ Der Schwerpunkt liegt auf den umsatzstarken sogenannten „Blockbuster-Medikamenten“, wie zum Beispiel Cholesterinsenkern, Diabetes-Medikamenten und vor allem Krebsmitteln. Solche Blockbuster-Medikamente machen bei den 20 großen Pharmaunternehmen im Schnitt knapp zwei Drittel der Profite aus.⁴ Wenn allerdings der Schrei der Öffentlichkeit nach dringend notwendigen Präparaten groß ist, dann lässt sich Big Pharma die Forschung und die Bereitstellung von Medikamenten – und dann auch gerne von Impfstoffen – mit



Milliardenbeträgen subventionieren: von der WHO, von der EU, von Stiftungen. So fordert der Geschäftsführer der internationalen Impfallianz GAVI, Seth Berkley: Der öffentliche Sektor müsse die Entwicklung, Produktion und Verteilung eines Impfstoffes für eine bestimmte Zeit finanzieren. Danach könne der Impfstoff zurück an kommerzielle Produzenten gehen. Er könne dann mit unterschiedlichen Preisen an die Lage

in einzelnen Staaten „angepasst“, aber auch mit einer „vernünftigen Gewinnmarge“ versehen werden.⁵

Hier kommt die Funktion der von öffentlich-privaten Zusammenschlüssen wie der Impfallianz GAVI, der Forschungsallianz CEPI und privater Stiftungen ins Spiel: Sie haben die Rolle des Brückenbaus zwischen öffentlichen Mitteln und privaten Profiten.

Dabei ist die Weltgesundheitsorga-

nisation WHO weitgehend privatisiert: Sie wird nur noch zu 20 Prozent aus staatlichen Pflichtbeiträgen finanziert, zu 80 Prozent durch freiwillige Beiträge einzelner Staaten, durch Spenden von Pharmakonzernen und von privaten Stiftungen. Die Bill&Melinda-Gates-Stiftung bestreitet rund 10 Prozent des WHO-Haushalts. Diese Spenden sind überwiegend zweckgebunden, so dass die Spendenden die Agenda der WHO maßgeblich bestimmen. Darum fließt ein großer Teil der Mittel in solche Impfprogramme, die für die Pharmaindustrie attraktiv gemacht werden. So garantiert die Impfallianz GAVI Preise und Abnahme für die ersten Chargen eines neuen Impfstoffs.

Dabei streicht die Branche reichlich Profite ein. Im Zeitraum 2000 bis 2018 war der Nettogewinn der Pharma-Unternehmen mit 13,8 Prozent fast doppelt so hoch wie der Nettogewinn nicht-pharmazeutischer Unternehmen mit 7,7 Prozent. Die Preisgestaltung hat mit Herstellungs- oder Forschungskosten wenig bis nichts zu tun. Die

pharmazeutische Industrie investiert zwischen 10 bis 15 Prozent ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung. Für Werbung und Marketing geben sie jedoch zwischen 30 und 40 Prozent des Umsatzes aus. Der Schweizer Konzern Novartis gab 2019 für Forschung 9 Milliarden Dollar aus, für Marketing- und Vertriebskosten dagegen 12 Milliarden Dollar.¹

Das Weltgesundheitsystem ist krank. Statt Bereicherung der Pharmariesen aus den Beiträgen der Krankenversicherungen brauchen wir die Ausrichtung der Pharmaproduktion auf gesellschaftliche Bedürfnisse. Statt Forschungsgeheimnisse ist eine Open-Source-Forschung nötig, die gesellschaftlich finanziert und kontrolliert wird. Statt Extraprofite brauchen wir eine Preisorientierung an den tatsächlichen Forschungs- und Herstellungskosten. Die einzig angemessene Antwort auf die politische Ökonomie des Medikamentengeschäfts ist die Übernahme der Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle. Das gilt insbesondere für lebenswichtige Impfstoffe im Allgemeinen und für einen Impfstoff gegen das Corona-Virus im Besonderen.

Angela Bankert, aktiv in der SAV und der AKL, Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Köln

Anmerkungen:

- 1 www.jungewelt.de/artikel/375772.pandemie-und-pharmaindustrie-die-coronakrise-hat-eine-vorgeschichte.html
- 2 EY Pressemitteilung vom 15. Juni 2020.
- 3 <https://www.vfa.de/de/arzneimittel-forschung/perspektive-2023/neue-medikamente>
- 4 EY-Studie „Die größten Pharmaunternehmen der Welt – Bilanz 2019 (Juni 2020).“
- 5 <https://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-impfallianz-impfstoff-als-oeffentliches-gut-1.4886266>

Normalbetrieb heißt Kürzung

Neue Schließungen von Krankenhäusern in Sachsen und Thüringen

Dorit Hollasky

Was man in Deutschland gerade nicht sein möchte, ist „systemrelevant“. Stand dieses Wort zu Beginn der Corona-Krise noch für Berufsgruppen, gegenüber denen die Politik nicht mit Applaus und Lob geizte, sind es wenige Wochen später eben diese Berufsgruppen, die hemungslose Angriffe erleben. Schließungen und Privatisierungen von Kliniken gehören im Gesundheitswesen ebenso zur Rückkehr zum „Normalbetrieb“ wie

die Überlastung des Personals.

Noch am 23. März hatte Jens Spahn (CDU) während einer Pressekonferenz im Berliner Gesundheitsministerium erklärt, in den Kliniken würde gerade eine Beschäftigte für zwei oder drei arbeiten. Er betonte, die Pflegekräfte bräuchten Hilfe und Unterstützung durch die Politik. Krankenhäuser sollten durch Maßnahmen in der Corona-Krise nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Was von all den Versprechen zu halten war, sollte sich schnell zeigen: Spahn setzte die sowieso schon vollkommen unzureichenden Personaluntergrenzen aus. Er ermöglichte 12-Stunden-Schichten in Krankenhäusern. Und die Zuschüsse für zu schaffende Intensivbetten reichten hinten und vorne nicht.

Was man damals schon ahnte, scheint sich nun immer mehr zu bestätigen: Kliniken, die in der Corona-Krise immer tiefer in finanzielle Schieflage gerieten, werden nun den Gesetzen des Marktes ausgeliefert. So schilderte Stephan Helm, Chef der sächsischen Krankenhausgesellschaft, im Interview mit den *Dresdner Neuesten Nachrichten* (DNN) am 6. Juni die Misere der Kliniklandschaft im Freistaat. Gut 40 Prozent der Betten seien dort während der Corona-Krise nicht belegt gewesen. Man hätte sich an die Anweisungen gehalten „planbare

Operationen herunterzufahren“ und „Intensiv- und Beatmungskapazitäten“ auszubauen. Die finanziellen Ausfälle durch das verringerte Aufkommen hätten, so Helm, insbesondere das Städtische Klinikum Dresden getroffen. Bei den Uniklinika in Sachsen würde „es richtig reinhauen“, wenn es „nicht entsprechende Ausgleichsregelungen“ geben würde. Jedes zehnte sächsische Krankenhaus, so Helms Resümee, wäre in finanzieller Bedrängnis. Helm vermied es, Kliniknamen zu nennen. Allerdings bedürften die Krankenhäuser in der Lausitz, in Hoyerswerda oder der Görlitzer Grenzregion „besonderer Aufmerksamkeit“.

Auf Anfrage der DNN erklärte das sächsische Sozialministerium, dass über „grundsätzliche Veränderung von einzelnen Krankenhausstandorten“ und möglicherweise „auch über deren Schließung“ nachgedacht werden müsse.

Mit der Schließung von Kliniken kennt man sich hier aus. Seit 1990 wurde jedes vierte Krankenhaus in Sachsen geschlossen.

Vergleichbares passiert auch jenseits der Landesgrenzen. Im Thüringischen Schleiz knüpft die Leitung der Klinik GmbH dort an, wo sie im Februar, vor Beginn der Corona-Krise, aufgehört hatte. Damals hatte die Chefetage die Geburtsstunde geschlossen. Sie war die einzige ihrer Art im Saale-Orla-Kreis.

Geht es nach dem Willen der Klinikbetreiber, wird nun auch die Radiologie verkauft. Die Intensivbettenkapazität wird auf sechs Betten zurückgefahren. Begleitet werden diese Pläne von massiven Protesten der Belegschaft und denen, die diese unterstützen. Auch der Kinderklinik im sachsen-anhaltinischen Gardelegen droht das Aus. Trägerin ist die Salus-Altmark Holding. Die Pläne waren im Mai bekanntgeworden. Seither werden Unterschriften gegen die Schließung gesammelt.

Diese drei Beispiele zeigen, dass von den vielen Versprechungen wenig geblieben ist. Betrachtet man die Arbeitsbelastung der Klinikbeschäftigten, dann heißt nach der Corona-Krise vor der Klinik-Krise.

Eine gesetzliche Personalbemessung, die Rekommunalisierung von Kliniken unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle der Beschäftigten, die Abschaffung der Fallpauschalen und die ausreichende Finanzierung des Gesundheitssystems – all das wird den Beschäftigten im Gesundheitssystem kein Gesundheitsminister bringen, der von „Systemrelevanz“ redet. All das müssen sie erkämpfen!

Dorit Hollasky ist ver.di-Personalrätin beim Städtischen Klinikum in Dresden* und Mitglied der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol). Die Funktionsangabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person.

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Wegen Corona? 40 Mrd. Euro für die Digitalbranche

In der Berichterstattung über das von der Bundesregierung beschlossene „Konjunktur- und Zukunftspaket“ nach Corona wird über die mehr als 40 Milliarden Euro teuren Maßnahmen zur Digitalisierung geschwiegen. Gleichgültigkeit oder Absicht? Für die Digitalisierung im Bereich von Wirtschaft, Kultur, Politik/Verwaltung, Schul- und Gesundheitswesen sowie Militär plant das Eckpunktepapier Investitionen in Höhe von 25,8 Milliarden Euro. Allein für die Digitalisierung des Gesundheits- und Schulwesens beträgt der Finanzbedarf 9 Mrd. Euro.

10 Milliarden Euro sollen für Digitalisierungsvorhaben im Rüstungs- und Sicherheitsbereich zur Verfügung stehen, 0,5 Milliarden für die Errichtung eines Zentrums für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr.

Die Investitionen in Projekte der Digitalisierung werden wie selbstverständlich als eine steuerfinanzierte staatliche Aufgabe angesehen. Profiteure der Subventionen sind die schon heute kaum noch kontrollierbaren Großunternehmen der Digitalbranche. Das Schweigen darüber soll uns still halten.

Rudolph Bauer

Der ausführliche Beitrag zum Thema ist auf den NachDenkseiten nachzulesen unter <https://www.nachdenkseiten.de/?p=62018> Siehe: <https://corona-at-work.de/>

Made in China?

Seuchen und Kolonialismus

Angela Klein

Die „Chinese Virus“ nennt Donald Trump SARS CoV2 in seiner unnachahmlichen Präpotenz. Wie im Mittelalter sucht er den Feind nicht in der Krankheit, sondern dort, wo er den Sündenbock identifiziert hat. *Der Spiegel* hat es ihm nachgemacht mit einer Titelseite der Ausgabe 6/20, auf der ein in rotes Tuch vor gelbem Grund eingehüllter Mann mit Gasmasken zu sehen ist, darunter der Titel: „Made in China“.

Doch sie irren sich. Das Virus ist (vielleicht) chinesisch, nicht aber die Seuche. Seuchen sind seit langem globalisiert, und das nicht nur in dem Sinne, dass Viren immer schon gern



mit Kaufleuten und Soldaten mitgereist sind. Seit Anbeginn der Neuzeit begleiteten Seuchen die koloniale Expansion. Und Europa ist ihr größter Verursacher. Wie das?

Der erste der zahlreichen Völkermorde, deren sich die europäischen Kolonialmächte schuldig machten, geschah im 16. Jahrhundert an den



Indianern Mittel- und Südamerikas. Zum Zeitpunkt der Reise des Kolumbus 1492 sollen Mexiko und Peru jeweils 30 Millionen Einwohner gezählt haben. Zwei Menschenalter später, 1568, war in Mexiko nur noch ein Zehntel davon übrig, der größte Teil kam dabei nicht durch Schwert und Gewehr um, sondern durch die Pocken. Die Seuche war im Zuge des Sklavenhandels 1518 nach Hispaniola (heute Kuba) eingeschleppt worden und tötete dort innerhalb von 45 Jahren 8 Millionen Menschen. Im Jahr 1520 gelangte sie in Begleitung eines Verstärkungstrupps zur Unterstützung des Eroberers Hernando Cortés in die damalige Hauptstadt Mexikos, Tenochtitlán. Während die Weißen von der Krankheit verschont blieben, wurden die Truppen des Aztekenherrschers Montezuma dezimiert. Von Mexiko aus

kam sie nach Guatemala und erreichte 1525, noch vor dem Eintreffen des Eroberers Pizarro, das Inkareich. Mehrere Inkaherrscher fielen ihr zum Opfer. In Peru sank die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner vom frühen 16. bis zum frühen 18. Jahrhundert auf rund eine Million.

bracht, wo solche nicht bekannt waren: Epidemisch tauchte etwa das Gelbfieber erstmals 1778 bei einem englischen Expeditionskorps im Senegal auf.

Der direkte Import war nicht der einzige Weg, auf dem der Kolonialismus Seuchen verursachte. Im 18. Jahrhundert brachte die Britische Ostindien-

Gebieten und starke Migrationsbewegungen sorgten dafür, dass die Cholera – eine uralte Krankheit, die durch verschmutztes Trinkwasser übertragen wird – sich erstmals 1817 als Seuche ausbreitete: zunächst nach Indochina und China, dann über Ceylon und Teheran nach Europa (es gab auch eine Nordroute). Das ganze 19. Jahrhundert hindurch hatte die Cholera Europa im Griff, bis Robert Koch 1883 die Entdeckung des Bakteriums *Vibrio cholerae* und dem katalanischen Arzt Jaume Ferran 1884 die Entwicklung eines Impfstoffs gelang.

Einen noch komplizierteren Weg nahm die Schlafkrankheit. Auch hier war Kolonialherrschaft der Auslöser. Cecil Rhodes, der Ende des 19. Jahrhunderts Südafrika und Rhodesien dem britischen Königreich einverleibte, betrieb u.a. eine Rinderfarm, auf der die Rinderpest ausbrach. Sämtliche Tiere wurden geschlachtet, auf den verlassen Weiden breitete sich der Dornbusch aus, der seinerseits verhinderte, dass auf den Flächen noch Tiere grasen konnten. Der Dornbusch aber ist der bevorzugte Lebensraum der Tse-Tse-Fliege, die die Schlafkrankheit überträgt – auf den Menschen.

Und Corona? Einer der größten Agrarkonzerne in China ist Smithfield, ein US-Konzern, Weltmarktführer für Schweinefleisch. Mit dabei auch Tyson Foods, Nestlé, Walmart, Carrefour und Metro. Gerade schickt sich Tönnies an, in China Fuß zu fassen. Noch Fragen?

Angela Klein lebt in Köln und ist verantwortlich für die Sozialistische Zeitung/SoZ

Der Sklavenhandel war die Autobahn, die jahrhundertlang die Völker der Neuen Welt mit den Krankheiten der Alten Welt „versorgte“, Krankheiten, gegen die sie kein Immunsystem ausgebildet hatten. 1530 und 1531 brachten die Seefahrer die Masern nach Mexiko und Peru. 1546 folgte der Typhus. 1558 dann die Grippe. In Nordamerika waren es erst die Franzosen, dann die Engländer, die indianische Kulturen am Mississippi und in Kalifornien auslöschten. Nördlich von Mexiko gab es zu Kolumbus-Zeiten noch eine indianische Bevölkerung mit zehn Millionen Menschen. 1650 waren es noch 10 Prozent davon, knapp eine Million.

In gleicher Weise wurden riesige Landstriche Südamerikas entvölkert. Der Sklavenhandel hat Seuchen auch von Amerika zurück nach Afrika ge-

kompanie große Teile Indiens unter ihre Herrschaft. Sie führte auf dem Territorium Indiens zahlreiche Kriege gegen rivalisierende Franzosen und lokale Fürsten, die schließlich die Herrschaft der Moguln zersetzten. Die Folge waren Hungersnöte, bei denen ein großer Teil der Bevölkerung ums Leben kam. Die dramatische Verschlechterung der Lebensverhältnisse in dicht besiedelten

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Black lives matter: Hafenarbeiter stoppen die Arbeit

Am 9. Juni kamen die Häfen an der Westküste der USA zum Stillstand. Die Hafendarbeiter hatten die Arbeit eingestellt, um den Tod von George Floyd zu betrauern. Neun Minuten lang – so lange kniete ein Polizist auf Floyds Hals – legten Mitglieder der Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft (ILWU) ihre Arbeit nieder. Geplant wurde auch eine achtstündige Schließung der Häfen an der Westküste für den 19. Juni, dem „Feiertag Juneteenth“. An diesem Tag wird die Emanzipation der Schwarzen gefeiert, die bis 1863 auf gesetzlich geregelter Grundlage in Sklaverei gehalten wurden. Und tatsächlich, das Wochenende um den 19. Juni, gab es eine große Mobilisierung in den Häfen. Während Donald Trump in Tulsa, Oklahoma, seine Anhänger versammelte – ziemlich genau 99 Jahre, nachdem dort eines der größten rassistischen Massaker der US-Geschichte stattgefunden hatte, streikten an der Westküste von Alaska bis Hawaii abertausende Hafendarbeiterinnen und Hafendarbeiter. An der zentralen Streikdemonstration in Oakland nahmen Zehntausende Menschen teil. Das ist ein Hinweis darauf, dass dieser Streik auch andere Gewerkschaften und erst recht zahlreiche antirassistische und demokratische Organisationen und ihre Mitgliedschaft mobilisiert hat.

Bea Sasser mann

Nach: Bericht bei Labournotes – www.labournotes.org/blogs/2020/06/west-coast-dockers-stop-work-honor-george-floyd/ und Labournet Germany www.labournet.de/?p=174295

FaktenCheck: CORONA – Das Selbstverständnis

KRISE & PANDEMIE Wir erleben die tiefste Krise seit Jahrzehnten. Sie kostet bereits einer halben Million Menschen das Leben. Sie verursacht massenhaft Leid. Vernichtet gewaltige Werte. Doch sie fällt nicht vom Himmel. Sie war angekündigt. Mit SARS 2003 und einer „Risikoanalyse“ von Bundesregierung und Robert Koch-Institut von Januar 2013.

Die tieferen Ursachen der Pandemie sind: Der zerstörerische Umgang der Gesellschaft mit der Natur, die Abholzung der verbliebenen Gebiete für wilde Tiere, eine grausame, in immer größerem Maßstab betriebene Massentierhaltung, die am Markt orientierte Aushöhlung der Gesundheitssysteme und nicht zuletzt eine Globalisierung, mittels derer jedes Virus binnen 24 Stunden weltweit Verbreitung finden kann.

GESUNDHEITSSSEKTOR Im Gesundheitswesen wurden in den letzten Jahrzehnten Kapazitäten abgebaut, das Personal ausgedünnt, die Arbeitsintensität gesteigert. Alles wurde dem Diktat des Profits unterworfen – insbesondere mit dem Instrument der Fallpauschalen. In Corona-Zeiten fehlen Kapazitäten,

Schutzkleidung, Personal. Der Beifall von Balkonen und die Zusage von Einmalzahlungen fanden breite Zustimmung. Doch was fehlt, ist ein nicht am Gewinn orientiertes Gesundheitswesen, das sich in öffentlicher Hand befindet, in dem es keine Fallpauschalen, aber eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung gibt.

GEFÄHRLICHER VIRUS Das Coronavirus ist gefährlich. Jede Relativierung dieser Tatsache ist verantwortungslos. Schutzmaßnahmen sind notwendig. Doch sie kamen fast überall viel zu spät. Wochenlang wurde versäumt, sich mit massenhaften Tests und einer Bevorratung von Schutzkleidung und Masken auf die Pandemie vorzubereiten. Viele Maßnahmen berücksichtigen die sozialen Gegebenheiten nicht. Das „Abstand halten“ ist für Menschen mit Eigenheim, Garten und Home-Office-Tätigkeit wesentlich weniger belastend als für eine Familie in kleiner Mietwohnung mit einem PC, den sich mehrere Personen teilen. Die konkreten Schutzmaßnahmen dienen oft spezifischen Interessen. Autohäuser und Möbel-Center wurden früh geöffnet. Kitas und Kinderspielplätze blieben lange Zeit

geschlossen. Im öffentlichen Leben galt die 1,5-Meter-Distanz. Am Arbeitsplatz muss oft Schulter an Schulter gearbeitet werden. Gottesdienste konnten früh wieder stattfinden. Demos blieben weit länger verboten.

GESUNDHEITSSCHUTZ & DEMOKRATIE

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ist ein Menschenrecht. Doch jede Einschränkung der demokratischen und sozialen Rechte muss auch in Pandemie-Zeiten eindeutig medizinisch notwendig, eng begrenzt und zeitlich befristet sein. Insbesondere müssen das Recht auf Meinungsfreiheit, das Streikrecht gewahrt bleiben. Maske ja – Maulkorb nein!

WER ZAHLT? Aktuell wird ein pralles Füllhorn öffentlicher Gelder geöffnet. Doch Arme, Obdachlose, Hartz-IV-Haushalte gehen leer aus. Wer kurzarbeitet, hat massive Lohnverluste. Ausgerechnet die Industrien, die Umwelt und Klima stark belasten (u.a. Lufthansa, Autoindustrie) werden mit Milliarden bedacht. Gleichzeitig sind gemeinnützige Vereine, Frauenhäuser, Tafeln und Kleinexistenzen von Schließung und

Pleite bedroht. In Bälde dürfte die Regierung mit Verweis auf die vergrößerte Staatsschuld die Ausgaben für Bildung, Umwelt, Gesundheit und Klimaschutz wieder zusammenstreichen. Es gilt: Wir zahlen nicht für eure Krise! Die 1,4 Millionen Euro-Millionäre im Land und die Großkonzerne und Banken, die hohe Profite erzielen, müssen diese Rechnungen begleichen!

SOLIDARITÄT & ALTERNATIVEN

Pandemie und Krise zeigen: Markt, Profitorientierung und Privatisierungen sind zerstörerisch. Es sind aktuell Eingriffe in den Markt und Wirtschaftsplanung, mit denen die Pandemie wirksam bekämpft wird. Auch in dieser Krise liegt eine Chance: Millionen Menschen können erkennen, dass die bestehende Wirtschaftsweise fehlgesteuert ist. Dass

ein großer Teil von Produktion und Dienstleistungen (Rüstung, Auto, Flugzeugbau, Luftfahrt, Werbung) unnötig, wenn nicht zerstörerisch sind. Dass ein Umbau („Konversion“) von großen Teilen der Wirtschaft und die Übernahme von Schlüsselsektoren durch den Staat und deren demokratische Kontrolle notwendig sind. Dass auf diese Weise gewaltige Kapazitäten von gesellschaftlicher Arbeit frei würden – für Arbeitszeitverkürzung, höhere Einkommen der durchschnittlichen Bevölkerung, für sinnvolle Investitionen in Energiewende, Verkehrswende, Kultur und Bildung. Solidarität muss neu entwickelt werden. Eine neue solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, in der Mensch, dessen Gesundheit, der Schutz von Umwelt und Klima im Zentrum stehen, steht auf der Tagesordnung.